

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2015

Nr. 03 · 11. Jahrgang

„Welcome United 03“ – willkommen im „Karli“

Der SV „Babelsberg 03“ und seine aktive Fanszene engagieren sich seit vielen Jahren aktiv gegen jegliche Form von Rassismus, Diskriminierungen und Fremdenhass in unserer Gesellschaft. Wir begreifen in Babelsberg das Stadion als einen Ort, wo sich Jede und Jeder willkommen fühlen kann, unabhängig von Religion, Herkunft oder sexueller Orientierung. Lippenbekenntnisse sind indes nichts wert, wenn denen nicht Taten folgen.

Im Sommer 2014 entstand unter dem Dach des SV „Babelsberg 03“ das Flüchtlings-Team „Welcome United 03“. Den Anstoß gab die „Nulldreierin“ Manja Thieme. Sie leistete bei der Diakonie in Babelsberg ehrenamtliche Unterstützung bei der Betreuung Geflüchteter. Viele Flüchtlinge berichteten ihr, dass sie in ihrer Heimat Fußball gespielt haben, und so trat sie kurzerhand mit der Frage an ihren Verein heran, ob „Babelsberg 03“ nicht einen Trainingsplatz und -zeiten zur Verfügung stellen könne. Halbe Sachen sind in Babelsberg verpönt. Und so entschlossen wir uns kurzfristig, die Flüchtlingsmannschaft als dritte Mannschaft in den Verein zu integrieren. Die Spieler wurden Mitglieder und die ersten Freundschaftsspiele wurden organisiert. Dank verschiedener Spenden konnte die Mannschaft ausgestattet werden. Die aktive Fanszene „Nordkurve Babelsberg“

übernahm sogar die Funktion des Trikotsponsors. Momentan spielen etwa 35 Flüchtlinge, im Alter zwischen 17 und 34 Jahren, aktiv im Team von „Welcome United 03“. Sie kommen u.a. aus Somalia, Afghanistan, Nigeria, Kenia, Serbien, Kamerun und Syrien. Geplant ist die Anmeldung unseres Teams, zum regulären Spielbetrieb in der Kreisliga zum nächsten Saisonstart. Derweil hat der erste Spieler kürzlich seinen Spielerpass erhalten und steht nun

sogar für die zweite Mannschaft von „Babelsberg 03“ im Tor.

Viele Flüchtlinge sind durch die schrecklichen Fluchtumstände traumatisiert. Die Unterbringung in Sammelunterkünften verschlimmert die Situation der Betroffenen zusätzlich. Flüchtlingen einen Ausgleich zum eintönigen Alltag zu ermöglichen ist somit enorm wichtig und sollte aus unserer Sicht fester Bestandteil der Asyl- und Flüchtlingspolitik sein.



Foto: Daniel Müller

Abriss geplant – Irrweg in die Vergangenheit?

Studentenwohnheim soll Plantage weichen/Innenstadt wird zur Geisterstadt

Das Studentenwohnheim an der Breite Straße/Ecke Dortustraße soll teilweise abgerissen werden. So sieht es der Bebauungsplan Nummer 1 Neuer Markt/Plantage vor. Die im Plan vorgesehene Wiederherstellung des Stadtplatzes setze neben dem geplanten Abriss des Rechenzentrums „auch einen Rückbau des westlichen Teils des Gebäudes Breite Straße Nr. 1–5 voraus.“ Gleichzeitig schränkt die Stadt das wieder ein: Das Studentenwohnheim sei jüngst umfassend modernisiert worden und „genießt insofern Bestandsschutz“. Eine Umsetzung des B-Plans könne daher „erst langfristig“ erfol-

gen, heißt es. Die Potsdamer Landtagsabgeordnete und stadtentwicklungs-politische Sprecherin Anita Tack (LINKE) nennt die Planung einen „Irrweg in die Vergangenheit“ und meint weiter: „Das kann doch wohl nicht ernst gemeint sein! Potsdams Stadtverwaltung plant den Abriss von Studentenwohnungen in der Breiten Straße, um ‚die Wiederherstellung des Platzes in historischer Ausdehnung‘ zu erreichen. Alle sollten froh sein, dass es junges Leben in Potsdams Mitte gibt. Außerdem geht es um modernisierte Wohnungen, die zu Recht Bestandsschutz haben.

Studentisches Leben bereichert die Innenstadt und darf nicht verdrängt werden.“

Der AStA der Universität Potsdam ist empört. „Auf unsere Proteste gegen den Bau der Garnisonkirche wurde immer wieder beteuert, dass das Studierendenwohnheim in der Breiten Straße 1-5 nicht angetastet wird“, stellt AStA-Referentin Sandra-Diana Heidebrecht fest.

Schon jetzt ist zu wenig bezahlbarer Wohnraum für Studierende vorhanden, was dazu führt, dass ein großer Teil der in Potsdam Immatrikulierten von Berlin nach Potsdam pendelt. „Wer plant, Wohnraum für junge Menschen zu vernichten, um dem eigenen Historismus zu frönen, spielt mit dem Risiko einer kulturellen Verarmung. Die Innenstadt wird zu einer Geisterstadt“,

(Fortsetzung auf SEITE 2)



Zum Ostermarsch!

Krieg darf endlich kein Mittel der Politik mehr sein!



Siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, in dem etwa 65 Mio. Menschen den Tod fanden, herrscht

in der Welt keineswegs Frieden.

Wir wollen mit unserem Ostermarsch dieser Entwicklung entgegenreten und uns für ein neues Denken und Handeln einsetzen, das uns aus der Spirale der Gewalt herausführt und uns ein friedliches Miteinander ermöglicht.

Wir fordern daher:

- Sofortiger Stopp des Ausbaus von Schieß- und Übungsplätzen für die Bundeswehr, z. B. in Potsdam-Krampnitz und in der Colbitz-Letzlinger Heide.
- Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen und ein grundgesetzlich verankertes Verbot von Kriegseinsätzen und Interventionen der Bundeswehr außerhalb der Landesgrenzen.
- Keine Friedensmissionen ohne eindeutiges UN-Mandat, z. B. in Afrika, der Ukraine oder den Gebieten des IS.
- Verbot von Rüstungsexporten aller Art und die konsequente Abschaffung aller Atomwaffen.

– Auflösung der NATO, Bildung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur sowie eine klare Absage an die militärischen Aufrüstungsverpflichtungen in den EU-Verträgen und jeglicher Militäraktionen im Rahmen der EU. Deutschland soll in der Welt nicht militärische, sondern friedenspolitische und humanistische Verantwortung übernehmen.

Wir rufen alle BürgerInnen zur Teilnahme am 14. Potsdamer Ostermarsch auf - für eine Welt ohne Krieg, des Friedens und der Völkerverständigung - am Samstag, 28. März 2015 in Potsdam, Auftaktkundgebung: 14.00 Uhr, Brandenburger Tor, Potsdam.

Friedenskoordination Potsdam gegen Militarismus, Nationalismus, Rassismus und Krieg

Informationen der Redaktion:

Die Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ für den April erscheint am Donnerstag, 2. April 2015 (wegen der Osterfeiertage). Den inhaltlichen Schwerpunkt bildet „Waldstadt/Schlaatz“. Redaktionsschluss ist am 20.03.2015.

(Fortsetzung von Seite 1)

Abriss – Irrweg ...

befürchtet AStA-Referent Jan Glogau. Jürgen Engert, AStA-Referent für studentisches Leben, stellt fest: „Eine Stadt lebt und entwickelt sich über die Jahrhunderte weiter. Eine Rekonstruktion alter, verschwundener Architektur zu Ungunsten der StadtbewohnerInnen ist kein Ausweis für eine zukunftsweisende Stadtplanung.“ Die Fraktion DIE LINKE hat im Bauausschuss beantragt, die Planfläche für das Studentenwohnheim auf der westlichen Grenze so zu verändern, dass das Wohnheim Bestand hat und der geplante Platz entsprechend zu verkleinern ist. Das ist problemlos möglich ohne andere Planungen zu beeinträchtigen. Damit soll der Start gegeben werden, dass auch später eine Veränderung durch einen Abriss ausgeschlossen ist. Außerdem hat sich DIE LINKE dafür eingesetzt, das auf der Plantage eine Schulsportanlage bzw. Spielplatz entstehen kann und dafür die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden. -red

In Griechenland beginnen wir Europa zu ändern!

Am 25. Januar wurde in Griechenland ein neues Parlament gewählt. Wahlsieger wurde mit 36,34 Prozent die Linkspartei SYRIZA. Ihr Spitzenkandidt Alexis Tsipras, stellv. Vorsitzender der Europäischen Linkspartei, ist neuer Ministerpräsident Griechenlands. Mit Sebastian Walter, Katharina Dahme, Victor Perli und Roland Gehrman (FOTO) waren vier Mitglieder der LINKEN auf eigene Initiative vor Ort. Ein Bericht:

Die Tage in Griechenland waren sehr eindrucksvoll. In negativer Hinsicht, was das Ausmaß der humanitären Krise angeht - das kann so keine Statistik wiedergeben. In positiver Hinsicht, was sich an demokratischem Aufbruch, an Basisbewegungen, an Solidaritätsstrukturen von unten z.B. in Kooperativen, solidarischen Kliniken, Essenszentren oder selbstorganisierter Flüchtlingshilfe zeigt. Es gibt transformatorische Ansätze bei Produktion und Handel und mit SYRIZA eine exzellent organisierte linke Partei, die entschlossen ist, die herrschenden sozialen und politischen Verhältnisse zu überwinden.

Die ersten Regierungsentscheidungen sprechen für sich: Bruch mit dem Diktat der Troika, Erhöhung des Mindestlohns von 400 auf 751 Euro, Stopp der Privatisierungen, Einbürgerung aller in Griechenland geborenen oder aufgewachsenen MigrantInnen, Wiedereinstellung der Entlassenen im öffentlichen Dienst (insbesondere Lehrkräfte), Entwaffnung der Polizei bei Demonstrationen, Abzug der ständigen Polizeipräsenz aus Multikultivierteln.

Das wichtigste Signal des Aufbruchs von Griechenland ist, dass in Europa ein fort-



schrittlicher Bruch mit der herrschenden Politik möglich ist. Daran haben viele Menschen nicht mehr geglaubt, das ist eine riesige Chance.

Wir sind als UnterstützerInnen von SYRIZA und als GegnerInnen der deutschen Regierung, die wesentliche Verantwortung für die Verelendung Griechenlands trägt, herzlich aufgenommen worden. Dank einiger Solidaritäts-Schilder der LINKEN stießen wir auf ein riesiges mediales Echo: von mehr als einem dutzend Fernseh-

genießt in Griechenland als deutsche Gegnerin der Austeritätspolitik höchste Anerkennung. Bundestagsreden von Gysi und Wagenknecht werden ins Griechische übersetzt. Uns ist noch nie soviel Hoffnung auf die Wirkungsmächtigkeit unserer Partei entgegengebracht worden wie in Athen, auch von Leuten aus Spanien, Italien, Portugal und Frankreich, die vor Ort mit großen Delegationen vertreten waren. Sie alle hoffen auf einen Kurswechsel in Deutschland. (Fortsetzung nächste Ausgabe)

dern, FotografInnen, JournalistInnen und unglaublich vielen hocherfreuten BürgerInnen. Wir wurden gefühlt tausende Mal fotografiert und haben unzählige Interviews gegeben. Am Montag waren wir mit unseren Schildern in allen großen Tageszeitungen Griechenlands auf einer der ersten vier Seiten abgebildet. „I see you everywhere“ simste uns ein Europa-abgeordneter von SYRIZA.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

„Gestorben fürs Vaterland“

Ich hätte nie gedacht, dass ich solch eine Überschrift noch einmal ganz aktuell lesen müsste. Aber am 22. November 2014 stand sie groß in einer Potsdamer Zeitung: „Gestorben fürs Vaterland“. Darunter stand: „Gedenken an die Opfer der Bundeswehr im Wald der Erinnerungen“. Diese Überschrift macht mich wütend. Die uns Regierenden, vorn weg die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Bundespräsident Joachim Gauck, haben wohl völlig vergessen, was sich alle Deutschen 1945 geschworen haben: „Nie wieder Krieg!“. Am Sonnabend, dem 15.11.2014 – „rechtzeitig vor dem Volkstrauertag“, wurde betont – weihten sie den Ehrenhain für die 104 im Ausland ums Leben gekommenen Bundeswehrsoldaten in der Henning-von-Tresckow-Kaserne bei Potsdam ein.

Weihnachten 1944 bekam mein Vater ein paar Tage „Urlaub“ von der Ostfront. Am 06. Januar musste er wieder in den Schützengraben. Mein großer Bruder hatte seinen Gestellungsbefehl für den 08. Januar 1945 erhalten. Er war Jahrgang 1928 und im Oktober 1944 gerade 16 Jahre alt geworden. Nun zog er in den Krieg. Er hatte Glück und kam Ende 1945 siebzehnjährig aus englischer Gefangenschaft wieder nach Hause. Aber unser Vater nicht. Im März 1945 erhielt meine Mutter eine Mitteilung, dass er „vermisst“ wurde. Er kam nie wieder – für welches „Vaterland“ musste mein Vater sterben?!

Mit dem Mauerfall hofften sich viele recht blauäugig eine friedlichere Welt. Was aber in den 25 Jahren seither geschehen ist, haben wir alle miterlebt. Mit der Vergrößerung Deutschlands durch Vereinnahmung der DDR, veränderte die Bundesregierung ihr Verhalten auf internationaler Ebene. Mit Empörung nahm ich die deutsche Teilnahme am Krieg gegen Jugoslawien zur Kenntnis. Der damalige (GRÜNE) Außenminister Joschka Fischer, der in jungen Jahren ein Kriegsgegner gewesen sein soll, billigte den Einsatz.

Die CDU-Regierung sorgte im Bundestag für das Mandat „humanitärer Einsätze“ in Afghanistan und Bosnien. Der Bundespräsident, Horst Köhler, musste seinen Hut nehmen, als er den wahren Grund – die Sicherung der Macht und der Einflussphären deutscher Konzerne – benannte. Das sind fast die einzigen Gründe für Kriege: Macht und Geld. Deshalb müssen wieder Väter, Söhne und Enkel mit Waffen im Ausland präsent sein, und wer bewaffnet in ein fremdes Land geht, muss mit Widerstand rechnen.

104 Tote sind 104 zu viel. Den „Wald der Erinnerungen“ brauchte die Bundesregierung nicht zu bauen, wenn sie konsequent, wie Gerhard Schröder zum Irak-Krieg und wie die LINKE zu allen Einsätzen, immer wieder NEIN gesagt hätte.
 Christa Kikels, Potsdam

Starke Nerven und wirksame Magentropfen

Norbert Müller (MdB/DIE LINKE) schreibt an Katharina Reiche

Sehr geehrte Frau Parlamentarische Staatssekretärin, liebe Kollegin Reiche,

ausdrücklich beglückwünsche ich Sie zur Übernahme neuer Aufgaben als Geschäftsführerin des Verbandes Kommunaler Unternehmen.

Mit großer Genugtuung nehme ich damit wahr, dass selbst neoliberale Privatisierungsfreund*innen nicht von Erkenntnisgewinn verschont bleiben.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf einige Widersprüche zwischen Ihrer bisherigen Position und auch der Ihrer Parteifreunde zum kommunalen Unternehmertum und dem Selbstverständnis des Verbandes Kommunaler Unternehmen hinweisen.

In der Selbstbeschreibung der VKU heißt es: „Kommunale Unternehmen verfolgen primär keine privatwirtschaftlichen Zwecke, sondern sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie dienen in unserem demokratischen System auf der Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung dem Citizen Value, den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft. Sie bilden und sichern ein gemeinschaftlich orientiertes Vermögen.“



Bei dieser Häufung kommunistischer Reizwörter muss es doch einer lang gedienten CDU-Funktionärin eiskalt den Rücken herunter laufen – und dies auch vor dem Hintergrund, dass Sie zuletzt 2011 selbst die Privatisierung der Potsdamer Stadtwerke forderten.

Noch am vergangenen Freitag (30.01.2015/d. Red.) hat ihr Brandenburger Unionskollege Jens Koeppen in der Bundestagsdebatte um die Re-kommunalisierung von Energienetzen verkündet: „Das Modell ‘Mehr Staat und weniger privat’ ist kein Erfolgsmodell. Ich kenne keine Volkswirtschaft auf der Welt, in der dieses Modell wirklich zum Erfolg geführt hat.“

Ich wünsche Ihnen, dass Sie Ihrem neuen Arbeitgeber mit seinen 245.000 Beschäftigten und einem Umsatzerlös von rund 110 Milliarden Euro (2013) erklären können, warum dies als gescheitertes Modell anzusehen sei.

Wie ich aus den Medien erfahren konnte, werden Sie zukünftig mit monatlich ca. 50.000 € Schmerzensgeld für ihre ideologischen Bauchschmerzen fürstlich entschädigt.

Abschließend empfehle ich Ihnen in Vorbereitung auf Ihre neue Tätigkeit und eventuell noch vor Vertragsunterzeichnung, sich doch kurz mit dem Thema Munizipalsozialismus zu beschäftigen.

Ich wünsche starke Nerven, gutes Gelingen und wirksame Magentropfen.

Hochachtungsvoll
Norbert Müller, MdB

Saskia Ludwig: „Unangemessenes Gehalt“ für Reiche

Kritisches mediales Echo zum Wechsel von CDU-Staatssekretärin Reiche in die Wirtschaft

Der geplante Wechsel der CDU-Bundestagsabgeordneten und Verkehrsstaatssekretärin Katharina Reiche zum Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat ein kritisches Echo ausgelöst.

Die LINKE-Landtagsabgeordnete Anita Tack ist empört: „Mitten in der Legislaturperiode des Bundestags gibt die direkt gewählte CDU-Abgeordnete ihr Mandat auf und flüchtet aus der Politik dahin, wo es viel mehr Geld gibt. Auch wegen der gleichzeitig geführten Diskussionen um eine Karenzzeit für Politiker und Politikerinnen bei einem Wechsel aus der Politik in die Wirtschaft hat dieser Schritt von Frau Reiche einen herben Beigeschmack. Das Verhalten von Frau MdB Reiche gibt einer ‚Politikverdrossenheit‘ in der Bevölkerung neue Nahrung. Unverständlich bleibt mir auch das Agieren des VKU für diese Personalentscheidung.“

Für die GRÜNEN im Brandenburger Landtag ist vor allem der Zeitpunkt problematisch. Während auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung mit Sperrzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder auf den Weg gebracht wurde, wolle Reiche noch schnell aussteigen, kritisierte die parlamentarische Geschäftsführerin der

GRÜNEN, Ursula Nonnemacher. Zuvor hatte unter anderem die Organisation LobbyControl mit scharfer Kritik auf die Pläne der Brandenburger Politikerin reagiert.

Als „unangemessen“ bezeichnet sogar die CDU-Landtagsabgeordnete Saskia Ludwig das kolportierte Gehalt des Hauptgeschäftsführers des Verbandes kommunaler Unternehmen, also des Postens, den Reiche ab September übernimmt. 600.000 Euro jährlich sind es nach Angaben von Ludwig. Steuerzahler würden sich angesichts dieser hohen Vergütungen „ungläubig die Augen reiben“, meint sie in einem Presseinterview.

In zahlreichen Kommentaren äußert sich das „Wahlvolk“ im Internet. Wir haben einige Stimmen dazu für unsere LeserInnen heraus gefischt. „Reiche wird noch reicher. Ja, bevor möglicherweise etwas geändert wird, schnell noch die Seiten wechseln. Da hat sich der unermüdliche Einsatz für die Interessen der Wirtschaft in der Politik ja doch noch richtig gelohnt“, meint Thomas Wohlfrieden sarkastisch.

„Frau Reiche hat sich immer für die Wirtschaft stark gemacht. Nun dankt es ihr die Wirtschaft. Bei Griechenland würde

man sagen, es ist ein korruptes Land, und hier nennt man so was einfach Lobbyismus. Es kommt aber Beides auf’s Gleiche raus“, meint ein weiterer Nutzer.

„Jometzi“ schreibt: „Es gab mal Zeiten da hat man in der Wirtschaft Karriere gemacht. Sprich man hat sich durch Leistung nach oben gearbeitet und ist dann, geistig und menschlich gereift, in die Politik gegangen. Heute lässt man sich vom Steuerzahler die Karriere bezahlen, um dann in eine gut bezahlte Stellung in die Wirtschaft zu wechseln.“

Und schließlich sei noch Fritz Meyer zitiert: „Der Wähler wurde ... betrogen. Viele Wähler haben Frau Reiche gewählt. Armes Brandenburg, arme Brandenburger CDU ... Ausfüllen eines durch Wähler, durch Bürger dieser Republik erteilten politischen Mandates ist wohl nachrangig. Ein CDU-Mandat ist Mittel zum Zweck, nämlich Mittel, einen Posten zu ergattern. Ein Bundestagsmandat gilt es 4 Jahre oder 48 Monate auszufüllen, das ist ‚der Wählerauftrag‘, wie es die CDU schwülstig formulieren würde. Frau Reiche läuft schon nach gerade einmal 16 Monaten ‚von der Fahne‘ weil ein lukrativer Posten winkt.“

Erfolgreiche Premiere von „Wer rettet wen?“

Am Abend des 11. Februar fand im Potsdamer Thalia-Kino die Premiere des Films „Wer rettet wen?“ statt. Die Auf-führung war Teil der europaweiten gleichzeitigen Premiere des neuen Films von Leslie Franke und Herdolor Lorenz, bevor der Film regulär in die Kinos kommt. Eingeladen hatten dazu die Linksjugend [solid] Brandenburg und der Kreisverband DIE LINKE.Potsdam.

Tina Lange, stellvertretende Kreisvorsitzende der LINKEN Potsdam und eine der Landessprecherinnen der Linksjugend erklärte dazu: „Wir freuen uns sehr, dass über 170 Menschen unserer Einladung gefolgt sind. Nur wenn wir es schaffen, die Bevölkerung über die wahren Hintergründe der Bankenrettung und die unregulierte Einflussnahme der Finanzmärkte auf die Staaten und deren Politik zu informieren, können wir daran etwas ändern.“



Der ansehenswerte Film erklärte anschaulich die Interessen und Problemlagen in einer „Kreditokratie“. Die anschließende Podiumsdiskussion (FOTO) mit Ingar Solty (Politikwissenschaftler, York Universität Toronto/Kanada) und Marco Heinig (Bildungswerk für Politik und Kultur e.V.), moderiert von Steffen Kludt, dem Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, ging auf einige Aspekte noch tiefer ein und gab Raum für Nachfragen.

„Wir brauchen eine breite bundes-, europa-, ja weltweite Bewegung, die eine Regulierung und Demokratisierung der Finanzmärkte zum Wohle der Gemeinschaft einfordert. Es wird Zeit, die Umverteilung des Reichtums zu Gunsten der Reichsten und auf Kosten der Armen und der „normalen“ Bevölkerung zu stoppen. Dafür heißt es dann auch am 18. März zur Eröffnung der neuen europäischen Zentralbank als ein Element der Troika wieder: Blockupy it! Geht auf die Straße!“, so Tina Lange.

Alle Infos zum Film gibt es unter www.whos-saving-whom.org
Alle Infos zu Blockupy 2015 unter www.blockupy.org

-tl

1920

Die Schlosswache schießt auf unbewaffnete Demonstranten

Am 15. März wurden in Potsdam und Nowawes Aktionsbündnisse gegründet und zur Beteiligung am Generalstreik zur Beseitigung des Kapp-Lüttwitz-Regimes ausgerufen. Am 16. März kam es zu einer Massenversammlung, auf der Hermann Elflein sprach. Von hier aus formierte sich ein Demonstrationzug mit ca. 1.000 Personen zum Rathaus am Alten Markt. Als sie sich dem Stadtschloss näherten, gab der Führer der hier stationierten Wachtruppe den Befehl, auf die unbewaffneten Kapp-Gegner zu feuern. Die Bilanz: vier Tote und zahlreiche Verwundete.

1945

Der Freitod des Kurt von Plettenberg

Am 03. März 1945 wurde im Schloss Cecilienhof ein Mann verhaftet, der mit den Männern des 20. Juli 1944 in Verbindung gestanden hatte: der Generalbevollmächtigte des ehemaligen preußischen Königshauses Kurt Freiherr von Plettenberg. Er wurde nach Berlin in das Gestapo-Hauptquartier verbracht. Dort nahm sich von Plettenberg am 10. März 1945 das Leben, er wollte „keinen Namen nennen“. Er wurde auf dem Bornstedter Friedhof beigesetzt. Sein Grabstein trägt die Inschrift: „ER GAB SEIN LEBEN FÜR SEINE FREUNDE IM WIDERSTAND DES 20. JULI 1944“

1950

„Parteiartisanen des Friedens“

Parteiarbeiter Potsdams beraten am 23. März die Aufgaben zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens (26.-30. 05. 1950); zu den Funktionären gehören der Oberbürgermeister Walter Paul, der Stadtschulrat Hans Riebau; „Das Deutschlandtreffen der FDJ ist keine Sache der Jugend allein, sondern ist Sache aller Friedenskämpfer, führte Genosse Gans in seinem Referat aus und brandmarkte die Machenschaften der westlichen Imperialisten und ihrer deutschen Handlanger, die mit allen Mitteln versuchen, den Aufmarsch der 500.000 „Parteiartisanen des Friedens“ zu verhindern.“ (MV, 25./26. 03. 1950)

-rt

Gauck und die neue deutsche Opferrolle

Und wieder einmal nutzte Joachim Gauck einen Auftritt aus, um der untergegangenen DDR noch einen Tritt mitzugeben. Besonders geschmacklos ist der Anlass. Es ging nämlich – wie so oft – gar nicht um die DDR, sondern um Auschwitz. Vor 70 Jahren wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager von der Roten Armee befreit (FOTO). Und anstatt dagegen anzusprechen, dass russische Vertreter – wenn überhaupt – nur halbherzig eingeladen waren, verwendete unser Bundespräsident einen Teil seiner Rede auf einen unangemessenen Rundumschlag gegen den Antifaschismus der DDR und einen anderen für pastorale warme Worte zum Deutschen Volk.

Richtige Worte fand er wohl über den mangelhaften und oft nicht gewollten kritischen Umgang mit der Geschichte in der frühen Bundesrepublik. Der Vorwurf ist gerechtfertigt und nötig.

Unnötig hingegen ist seine These, dass „der staatliche Antifaschismus der DDR“ die nicht vorhandene demokratische Legitimation rechtfertigen sollte. Dabei kann mit Blick auf die Bundesrepublik erwidert werden, dass ein verordneter Antifaschismus immer besser ist als gar keiner. Noch frecher als die Abwertung der DDR ist die Unterstellung in seiner Aussage, dass dieser Antifaschismus „kritische Selbstreflexion“ ersparte und „dem Belasteten und sogar

noch dem Schuldigen“ ermöglichte, „sich auf die Seite der Guten zu schlagen, zu den antifaschistischen Siegern“.

Damit stellt Gauck seine Perspektive klar. Die DDR war nicht nur das undemokratische Nachkriegsdeutschland, sondern auch mindestens genauso verwerflich wie der Faschismus, weil sie es den früheren Tätern ermöglichte wiederum Täter im neuen System zu sein.

Also doch? Die Deutschen ein Tätervolk? Natürlich nicht in den Augen Gaucks. Er schafft das vermeintlich Unmögliche. In seinen Augen ist nämlich das Deutsche Volk das Opfer seiner eigenen Geschichte, wenn er sagt:

„[...] dass es auch ganz „normale“ Männer und Frauen gewesen waren, die ihre Menschlichkeit, ihr Gewissen und ihre Moral verloren hatten.“ Und weiter: „Solange ich lebe, werde ich darunter leiden, dass die deutsche Nation mit ihrer so achtsameren Kultur zu den ungeheuerlichsten Menschheitsverbrechen fähig war.“ Die Deutschen haben etwas (aus Versehen) verloren, nicht etwa abgelegt und Gauck leidet. Das ist sie, die neue deutsche Opferrolle.

Ausgenommen von Gaucks Kritik ist die späte bzw. aktuelle Bundesrepublik. Kein Wort über die perfide These Ernst Noltes, dass der Holocaust eine Abwehrreaktion auf den Roten Terror Stalins gewesen sei. Kein Wort über den sich daran anschließenden Historikerstreit. Kein Wort über diese neue deutsche Opferrolle, nach der sich die Deutschen nur gegen den Bolschewismus wehren mussten.

Stattdessen behauptet Gauck: „Und doch konnten wir nach den dunklen Nächten der Diktatur, nach Schuld und Scham und Reue ein taghelles Credo formulieren. Wir taten es, als wir dem Recht seine Gültigkeit und seine Würde zurückgaben. Wir taten es, als wir Empathie mit den Opfern entwickelten. Und wir tun es heute, wenn wir uns jeder Art von Ausgrenzung und Gewalt entgegenstellen und jenen, die vor Verfolgung, Krieg und Terror zu uns flüchten, eine sichere Heimstatt bieten.“

Damit tut Gauck, was ein Pfarrer immer tut. Er erteilt Absolution, Sündenvergebung und er spendet Trost. Zutreffender wären wohl die Worte Erwin Chargaffs, der seine Mutter nicht vor der Gaskammer retten konnte. Er schrieb 1989 „Die [...] ausgesprochene Sündenvergebung ist in den Wind gependet; in denselben Wind, der die auf die Zuweisung in den Gasofen wartenden, frierenden Jammerfiguren noch mehr zittern machte. Trost, so hinterhältig gependet, ist Schaumgold.“¹

Christian Wienert

**ZITIERT:****Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a. D.**

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

„Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“

„Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Haß zu schüren. Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder gegen Türken, gegen Alternative oder gegen Konservative, gegen Schwarz oder gegen Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.“

Alle vorangegangenen Zitate stammen aus der Rede des damaligen Bundespräsidenten Friedrich von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag zum „40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht“ – zum Tag der Befreiung.

¹ Chargaff, Erwin: *Abscheu vor der Weltgeschichte*. 5. Auflage. Stuttgart 2002, S. 71

Besuch in der „Schule am Nuthetal“

Am 29. Januar besuchte Hans-Jürgen Scharfenberg die Förderschule „Schule am Nuthetal“ und löste sein bereits im vergangenen Jahr ausgesprochenes Versprechen ein. 200 kg Äpfel vom Obstgut Marquardt in Kooperation mit dem VGS Potsdam sowie ca. 100 Liter Obstsaft überreichte er den Schülerinnen und Schülern der Schule. Stellvertretend waren Schülervertreter, die Schulleiterin, Frau Lehmann, die Organisatorin der Aktion, Schulsozialarbeiterin Frau Treptow, sowie Marion Vogel vom VGS während der Übergabe anwesend.

In dem sich anschließenden Gespräch mit Frau Lehmann und Frau Treptow wurde mit Stolz von dem erreichten 4. Platz des bundesweiten Wettbewerbs „Starke Schulen“ berichtet.

Aktuell kämpft die Schule, welche derzeit nicht mehr im aktuellen Sanierungsplan der Stadt enthalten ist, um einen Austausch



der mehr als sanierungsbedürftigen Fenster. In vielen Klassen- bzw. Fachräumen kann nur noch ein Fensterflügel geöffnet werden. Der Fraktionsvorsitzende sicherte zu, er

werde beim Kommunalen Immobilienservice nachfragen, wann zeitnah für den Schulstandort etwas unternommen werden kann.

Der Doppelhaushalt 2015/2016 – welche Schwerpunkte setzt DIE LINKE?

Nach intensiver Beratung hat sich die Fraktion auf die Schwerpunkte verständigt, zu denen sie dringenden Änderungsbedarf im städtischen Haushalt für die Jahre 2015/16 sieht: Schulen, Soziales, Kultur, Stadtentwicklung/Verkehr.

Kostenloses Schulessen für alle Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien: Wie zu jedem Haushalt in den vergangenen Jahren haben wir auch dieses Mal diese soziale Anliegen in den Mittelpunkt gestellt. Von den 1.700 anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern nehmen bisher ca. 1.000 kostenlos an der Mittagsversorgung teil. Wir wollen erreichen, dass auch die anderen 700 eine warme Mahlzeit bekommen. Das würde die Stadt etwa 150.000 Euro pro Jahr kosten, angesichts des Gesamtvolumens des Haushaltes von etwa 580 Mio. Euro eine überschaubare Summe.

Für die Schulwegsicherung sollen insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung gestellt werden, damit die im Schulwegsicherungskonzept ausge-

wiesenen Maßnahmen auch zügig umgesetzt werden können. Die ursprünglich vorgesehenen 50.000 Euro reichen dafür nicht.

Für **Maßnahmen des Gebäudeunterhaltes an Schulen und Schulsportstätten** sollen 300.000 Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf wurde 2014 mit etwa 475.000 EURO beziffert, von denen nur 150.000 Euro abgearbeitet wurden. Je später die Mängel behoben werden, umso höher werden die Sanierungskosten. Diesen Teufelskreis wollen wir helfen zu durchbrechen.

Mehr Personal für die Betreuung von Kindern in besonderen Problemlagen in Kitas, so eine weitere Forderung. Besonders in den Kitas, in denen sich die Betreuung von Migranten-, vor allem aber Flüchtlingskindern konzentriert, wird dringend mehr und entsprechend qualifiziertes Personal benötigt. Daher wollen wir erreichen, dass zunächst in den Kitas Kinderland am Schlaatz und Sternschnuppe Am Stern 3,8 Personalstellen

mehr zur Verfügung gestellt werden. Dazu bedarf es des Einsatzes von 341.297,54 Euro, die, so unsere Idee, zum Teil aus den vom Land zugesagten Geldern für Flüchtlingsarbeit kommen sollen.

Die Flüchtlingsmannschaft „Welcome United 03“ mit 10.000 Euro jährlich zu unterstützen, damit die 25 Spieler, die aus Kenia, Nigeria, Kamerun und Somalia kommen, am regulären Spielbetrieb des SV Babelsberg 03 teilnehmen können, ist ein konkreter Beitrag zu gelebter Integration und Toleranz in der Stadt.

Mit jedem Haushaltsentwurf stellen wir fest, dass in der Kulturstadt Potsdam zu wenig Geld sowohl für die **institutionell geförderte als auch für die freie Kultur** zur Verfügung gestellt wird. So werden die Kultureinrichtungen und -träger mit der Aufgabe, den **Mindestlohn** zu zahlen alleingelassen. Daher halten wir es für erforderlich, dass der so entstehende **Kostenaufwuchs von ca. 14.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellte wird.**

Weiter soll das **Collegium musicum mit 50.000 Euro** pro Jahr unterstützt werden und das **Kunsthhaus eine zusätzliche Förderung von 10.000 Euro jährlich** bekommen.

In den Bereich der Stadtentwicklung fallen unsere Forderungen,

1. den **Lückenschluss des Uferweges** auf dem Gelände des Wasserwerkes zwischen Speicherstadt und dem vorhandenen Uferweg nach Hermannswerder zu schaffen. Die Mittel für die Planung und Kofinanzierung müssen in den Doppelhaushalt eingestellt werden. Das sind jährlich 250.000 Euro und

2. mit dem **Ausbau** des bereits zur BUGA 2001 geplanten **Radweges zwischen den beiden Wohngebieten Am Stern und Schlaatz** entlang der Heiztrasse noch in diesem Jahr zu beginnen. Eigentlich sollte dieser Radweg schon 2012 hergestellt werden.

Haushaltsbegleitende Anträge

Auch die haushaltsbegleitenden Anträge konzentrieren sich auf die eingangs genannten Schwerpunkte:

1. Die Erarbeitung eines **Konzeptes**, in dem dargestellt wird, wie der **besonderen Situation von Flüchtlingskindern** bei Aufnahme in Schulen entsprochen werden kann. Schwerpunkte dabei müssen Sprachförderung, sozialpädagogische und psychologische Betreuung sein. Mit der Anzahl der in Potsdam aufzunehmenden Flüchtlinge wird dieses Problem immer brisanter.

2. Die Sicherstellung der **Kofinanzierung der Arbeit der Schulsozialarbeiter**, die im Rahmen des 610-Stellen-Programms zusätzlich vom Land zugewiesen werden. Mehr Schulsozialarbeiter ist eine Forderung, die DIE LINKE seit vielen Jahren aufmacht und der nun durch ein neues Rahmenkonzept für die Schulsozialarbeit entsprochen wird, so hoffen wir.

3. Die **Unterstützung des Vorhabens „Scholle 34“**, mit dem durch die Sanierung des Gebäudes der ehemaligen Gaststätte „Charlottenhof“ in der Geschwister-Scholl-Straße 34 ein Bürgerzentrum für Potsdam West entstehen soll, durch die Stadt. Dabei denken wir an die Erarbeitung eines Stufenplanes für die abschnittsweise Rekonstruktion bzw. Sanierung, Hilfe bei der Fördermittelakquise und an Beratungsleistungen.

4. Das Auflegen eines **Programmes zur Förderung von Atelierraum**, um Bildenden Künstler/innen als Teil der Kreativwirtschaft die Ansiedlung bzw. den Verbleib in der Stadt leichter zu machen.

5. Um mehr Geld als bisher vorgesehen für die Sanierung von Kitas, Schulen und Sportstätten zur Verfügung zu haben, soll der Bau einer der beiden neu zu errichtenden **weiterführenden Schulen im Bornstedter Feld aus dem Treuhandvermögen des Entwicklungsträgers** finanziert werden. So kann der Haushalt des Kommunalen Immobilienservice entlastet, mehr Geld für die Bildungsinfrastruktur eingesetzt und letztendlich künftig die Kosten für den Gebäudeunterhalt von Kitas und Schulen reduziert werden.

Wir wissen, dass es angesichts der politischen Konstellationen in der Stadtverordnetenversammlung nicht leicht sein wird, diese politischen Forderungen durchzusetzen, werden aber mit den guten Argumenten, die wir haben, für deren Umsetzung kämpfen.



SUPER, DER NEUE SUPERMARKT KOMMT IM SOMMER
Voraussichtlich in der ersten Juliwoche öffnet der neue Kaisers-Supermarkt in der Waldstädter Straße Zum Teufelssee. Über Einzelheiten informierten am 20.02. im „Haus der Begegnung“ Fraktionschef Scharfenberg, die BI sowie MitarbeiterInnen von Kaisers. (Mehr in der nächsten Ausgabe)

Freileitung für Marquardt und Golm

Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) hat jetzt den Planfeststellungsbeschluss für die 110-Kilovolt-Freileitung Wustermark-Geltow gefasst. Dieser sieht zwar vor, dass der Netzbetreiber E.DIS die ursprünglich beantragte Rekonstruktion der Bestandstrasse bauen darf. Inzwischen hat die Landeshauptstadt Potsdam mit E.DIS jedoch eine Lösung zur Umgehung der Ortslage Marquardt erarbeitet, die nicht Teil des Planfeststellungsbeschlusses ist, aber umgesetzt werden kann.

Das LBGR hat in Aussicht gestellt, diesen Hinweis in den Planfeststellungsbeschluss aufzunehmen. Die Umgehungstrasse soll einzelrechtlich genehmigt werden und ist nicht Teil des Planfeststellungsbeschlusses. Die angestrebte Integration der Umgehungstrasse in den Planfeststellungsbeschluss war aufgrund der zeitlichen Verzögerung bei der Einholung und Zusammenstellung der nötigen Genehmigungen und Unterlagen nicht möglich.

Oberbürgermeister Jann Jakobs zeigte sich zufrieden und zuversichtlich mit



der angestrebten Lösung: „Ich denke, wir werden für Marquardt eine gute Lösung hinbekommen.“

In Bezug auf die Freileitung in Golm hat die Landeshauptstadt nun nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung einen Brief an die betroffenen Anwohner gesandt. Darin werden sie gebeten, ihre Bereitschaft zum Ausgleich des Wertzuwachses ihrer Grundstücke zu erklären. Als Betroffene wurden diejenigen Grundstückseigentümer definiert, deren Flurstücke unterhalb der Freileitung bzw. in einem Abstand von bis zu 10 Metern von der Freileitung entfernt liegen.

Aufgrund der Vielzahl an Einwendungen wird der Planfeststellungsbeschluss nicht an alle Einwanderinnen und Einwander verschickt, sondern öffentlich ausgelegt. Die Auslegung erfolgt in der Zeit vom 11.03. bis 24.03.2015, unter anderem auch in der Stadtverwaltung Potsdam.

-lhp

Club 91 in neuem Outfit

Seit Jahren macht die Fraktion DIE LINKE darauf aufmerksam, dass bei den Planungen der Investitionen des Kommunalen Immobilienservices bei aller notwendigen Prioritätensetzung für Schulen und Kitas die Jugendclubs in der Stadt nicht vergessen werden dürfen. Hier wird eine wichtige soziale Arbeit geleistet und die muss auch in einem entsprechend gut ausgestatteten Umfeld geschehen. Erste Ergebnisse dieser Forderung lassen sich in Potsdam West betrachten. Der Club 91 strahlt geradezu seine Gäste an (FOTO). Die Außenfassade hat nicht nur eine neue Farbe, auch Dämmung und Fenster sind neu. Die äußere Hülle ist komplett und es soll innen zügig weiter gehen. Das ist nicht nur für uns Anlass zur Freude.

Es geht aber auch um eine kontinuierliche Arbeit des Clubs. Im Kern gehört dazu eine solide personelle Ausstattung, ansonsten ist eine schöne Fassade nicht viel wert. Zunächst war die Idee in der Verwaltung, die Stellenaufstockung für Jugendclubs mit personellen Mehrbedarfen von anderen Clubs- so auch vom Club 91- einfach weg zu nehmen und umzulenken. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat DIE LINKE eingebracht, dass die Besetzung mit drei Stellen auch in Potsdam West erhalten bleiben soll und der Mehrbedarf in anderen Jugendeinrichtungen über zusätzliche Stellen finanziert werden soll. Dies fand breite Unterstützung und jetzt steht im Jugend-



förderplan der Landeshauptstadt: Die bisher geförderten jeweils drei Personalstellen (VBE) für sozialpädagogische Fachkräfte, die in den in den Einrichtungen „Club 91“, „Offline“, „j.w.d.“ und „Zimticken“ vorhanden sind, werden mit dem Ziel der vollinhaltlichen Umsetzung der vorliegenden bestätigten Konzeptionen weiterhin in diesen Einrichtungen erhalten und gefördert.

Dies wurde vom Jugendhilfeausschuss beschlossen. Mit Erhalt aller Personalstellen kann die erfolgreiche Arbeit in der gewohnten Qualität im Club 91 fortgeführt werden. An dieser Stelle möchten wir den Mitarbeitern unseren Dank für ihr Engagement aussprechen.

Interessant ist auch folgende Festlegung,

dass geprüft werden soll, wie die stadtweite Beteiligung und Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit Flüchtlingshintergrund zum Beispiel durch den Jugendförderplan gestärkt werden kann. Es soll die zukünftige Vielfalt an Flüchtlingsunterkünften in Potsdam berücksichtigt werden. Das ist für unseren Stadtteil auch eine anstehende Aufgabe, denn sowohl in der Haeckelstraße als auch in der Pirschheide sind Kinder, die sicher in dieser Hinsicht gute Partner und eine kompetente Betreuung brauchen. Das Ergebnis soll der SVV vorgelegt werden.

*Dr. Karin Schröter,
stellv. Fraktionsvorsitzende
der Fraktion DIE LINKE*

Gemeinsamer Protest gegen den Schießplatz

Jan Hanisch, dem Lokalpolitiker der LINKEN aus Groß Glienicke, war es aufgefallen, dass am Eingang zum Bundeswehr-Schießplatz an der B 2, nördlich von Krampnitz, gebaut wurde, der Eingangsbereich wurde erweitert, erneuert – hier war etwas im Gange. Er wandte sich an den Bundestagsabgeordneten der LINKEN aus Potsdam, Norbert Müller, und der fragte bei der Bundesregierung an und erhielt zwar wenig, aber immerhin die Auskunft, dass hier eine „Standortsammelschießanlage“ gebaut werde. Die Information verbreitete sich wie ein Lauffeuer und mobilisierte Medien und Aktivisten. Unter anderem hatte das Bündnis „Potsdamer Mahnwache für Frie-

den“ zu einem Protest am 14. Februar vor dem Zugang zur Döberitzer Heide aufgerufen. Rund 80 Protestler waren gekommen, hörten den Organisator Jan Dahlgrün, der davon sprach, dass der Friede nun vor unserer Haustür gestört werde.

Der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller (DIE LINKE) kritisierte die deutsche Bundesregierung für deren Informationspolitik (FOTO). Diese behauptete lediglich die Notwendigkeit des Schießplatzausbaus, begründete dies jedoch nicht.

„Als LINKE finden wir es wichtig, dass die Bevölkerung frühzeitig über Projekte, die in ihre Lebenswirklichkeit eingreifen, informiert waren. Bisher war das ein Geheimprojekt der Bundeswehr, mit den Informationen aus der Kleinen Anfrage ist ein erster Schritt in Richtung Transparenz getan.“

Vor allem die Auswirkungen auf die Natur der Döberitzer Heide, die in einem mehrfachen Schutzstatus liegt, und die Lärm-

emissionen für die Bewohnerinnen und Bewohner von Seeburg und Groß Glienicke sind bisher unklar. Wenn mit Maschinengewehren geschossen wird, und das Tag und Nacht, kann es zu erheblichem Lärm kommen. Wir werden deshalb das Verfahren weiter begleiten. Alle Auswirkungen auf Mensch und Natur müssen bei den folgenden Schritten auf den Tisch. Wir sehen als LINKE angesichts einer schrumpfenden Bundeswehr weder die Notwendigkeit einer Neuerrichtung einer Sammelstandortschießanlage noch sind wir von der Standortwahl überzeugt. Wir erwarten von der Bundeswehr eine umfassende Information der Bevölkerung.

Es wird negative Auswirkungen des Schießplatzes auf die Wohnbauvorhaben in der ehemaligen Kaserne Krampnitz am unmittelbaren Rand des Bundeswehrgeländes geben. Der See wird als Schallverstärker wirken. Ferner fordere ich, dass ein im Rahmen der Umsetzung der Schießplatzpläne gemachtes Schallschutzgutachten öffentlich gemacht wird. Zudem fordere ich ein naturschutzrechtliches Gutachten, in dem die Auswirkungen auf Flora und Fauna überprüft werden“, so der Bundestagsabgeordnete.



Wohngebiet Eiche II wächst

Es lohnt sich zuzuschauen, wie schnell das Wohngebiet Eiche II neben der Kaiser-Friedrich-Straße wächst! Zwei der Gebäude für Studentenappartements sind schon deutlich zu sehen (im Foto rechts). Links auf dem Foto erkennen Sie drei der Wohnhäuser für Familien und Singles im Bau. Es wird gar nicht mehr lange dauern, bis die ersten Wohnungen und Studentenunterkünfte, für die es eine sehr große Nachfrage gibt, genutzt werden können. Der Ortsbeirat hat beschlossen, die Zufahrtstraße in Würdigung des früheren Eicher Ortsvorstehers mit Carl-Dähne-Straße zu benennen. Nach hinten zur Feldflur werden die Gebäude niedriger, der Übergang zur Landschaft wird gestaltet und fußläufig erschlossen. Wenn alles fertig ist, hat Eiche 1.000 Einwohner mehr als heute. Darum kämpfen wir im Ortsbeirat auch um Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Der Eicher Bürgertreff muß erhalten bleiben, die Schule und die Kitas gestärkt werden. Es wird erforderlich, außer

einer neuen Schulturnhalle auch weitere Kita- bzw. Hort-Plätze im Ortsteil zu schaffen. Weiterhin engagieren wir uns für Verbesserungen der verkehrlichen Infrastruktur. Es gilt, das Busangebot zu stärken und die Taktanschlüsse der Regionalbahn Golm zu verdichten. Weiterhin müssen wir die Straßeninfrastruktur behutsam stärken,

damit Autos und Busse nicht im Stau stecken bleiben. Das ist umso wichtiger, als auch in Golm weitere Wohnungen für mehr als 1.000 Menschen gebaut werden. Wir wollen gute Lebensbedingungen für alle neuen Bewohner aber auch für alle die, die bereits seit Jahren hier wohnen.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel



Hort oder Bürgertreff? – Beides!

Der Bürgertreff in Eiche lieferte im zweiten Halbjahr 2014 mehrfach Schlagzeilen: 'Bürgertreff vor dem Aus', 'Hort zieht ein' oder ähnliches war in der Ortspresse zu lesen.

Der Verein Oberlinhaus als Vermieter des Gebäudes, das 2009 zum Gemeindehaus ausgebaut worden war, hatte am 29. September 2014 den Mietvertrag mit Wirkung zum 1. Mai 2015 gekündigt. Anlass der Kündigung war die Anfrage des Jugendamtes der Stadt Potsdam und der Grundschule Eiche im Frühsommer, ob das Oberlinhaus als Betreiber der neben dem Bürgertreff befindlichen Kinderbetreuungseinrichtung Lebenswelten sich in der Lage sähe, im Schuljahr 2015/16 mehr Hortplätze bereit zu stellen. Im Zusammenhang mit der Kündigung trat der Verein Oberlinhaus dann mit der Ankündigung an die Öffentlichkeit, im Gebäude des jetzigen Bürgertreffs nach Umbau 20 Hortplätze zur Verfügung stellen zu wollen.

Was hier oberflächlich als Konflikt zwischen Hortplätzen und Bürgerzentrum erscheinen mag, stellte sich bei genauerem Hinsehen schon zu diesem Zeitpunkt als wenig abgestimmtes und nicht hinreichend vorausschauend planendes Verfahren dar.

Warum hat das Jugendamt im Frühstadium der Planung eine Kapazitätsanfrage lediglich an das Oberlinhaus gerichtet und weder den Ortsbeirat Eiche noch die im Ortsteil ansässigen Kinderbetreuungseinrichtungen der AWO einbezogen?

Dann wäre frühzeitig sichtbar geworden, dass

- die vom Oberlinhaus angekündigten 20 Hortplätze den für den Ortsteil Eiche ermittelten Gesamtbedarf weder mittel-

noch langfristig abzudecken vermögen,

- die Größenordnung des planerisch ermittelten Bedarfs an Hortkapazität von 70 Plätzen in den nächsten Jahren einen Neubau am sinnvollsten erscheinen lässt,
- kurz- bis mittelfristig in der Grundschule und in den Einrichtungen der AWO durchaus Kapazität geschaffen werden kann, die ohne erhebliche bauliche Veränderungen zur Überbrückung zu nutzen wäre,
- den Bürgertreff als kulturelle und soziale Begegnungsstätte des Ortsteils in den jetzigen Räumen zu erhalten die kostengünstigere Alternative zu einem Neubau an anderer Stelle ist.

Parteien übergreifend regte sich Kritik an der Kündigung des Mietvertrages, die unweigerlich die Schließung der Bürgerbegegnungsstätte zur Folge gehabt hätte. Die öffentliche Kritik wurde schließlich in eine parlamentarische Initiative geleitet, als Ralf Jäkel, Ortsbeirat in Eiche und Stadtverordneter, namens der Fraktion DIE LINKE Anfang November 2014 einen Antrag zum Erhalt des Bürgertreffs in die Stadtverordnetenversammlung einbrachte. Der Antrag zielte darauf, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die Kündigung des Mietvertrages mit dem Verein Oberlinhaus aufzuheben bzw. durch einen neuen langfristigen Nutzungsvertrag zu ersetzen. Nach Verweis in den Hauptausschuss wurde der Antrag im Januar einer Entscheidung zugeführt. Sowohl Hauptausschuss als auch Stadtverordnetenversammlung stimmten mit großer Mehrheit für den Antrag.

Um eines ganz deutlich zu sagen: Der Einsatz für den Bürgertreff ist nicht eine Entscheidung gegen Hortplätze. Eiche

braucht beides: die Begegnungsstätte UND die Kinderbetreuungsplätze.

Der Bürgertreff, 2009 auf dem Gelände der alten Eichener Schule eingerichtet, hat sich in der Verantwortung von Willi Koch, der auf der Liste der Linkspartei gerade wegen seiner Verdienste um den Betrieb der Begegnungsstätte in den Ortsbeirat gewählt wurde, über die Jahre hinweg zu einem wertvollen Bestandteil des Gemeindelebens entwickelt. Vereine und Interessengruppen nutzen die Räume regelmäßig, Senioren und Jugendliche gehen wöchentlich so unterschiedlichen Aktivitäten nach wie Gymnastik oder Schach; Tanzfreunde finden hier ebenso ein Zuhause wie Briefmarkensammler. Über 150 festliche Ereignisse wie Jubiläen, Hochzeiten, Kindergeburtstage oder Tauffeiern wurden in den letzten 5 Jahren in den Räumlichkeiten begangen; allein in den letzten 12 Monaten zählten ca. 2.000 Einwohner, darunter 320 Kinder, zu den regelmäßigen Nutzern. All dies ist ein deutliches Zeichen des nicht abzuweisenden Bedarfs einer Bürgerbegegnungsstätte für den Ortsteil Eiche.

Aber Eiche braucht auch Kita- und Hortplätze. Stadtverwaltung und Ortsbeirat sollten gemeinsam mit Schule, Oberlinhaus und AWO überlegen, auf welche Weise in den nächsten Jahren die erforderliche Hortkapazität zu erreichen ist. Unter Umständen böte sich der geplante Neubau der Schulsporthalle oder die Erweiterung des Geländes der 'Alten Schule' an, Räumlichkeiten für Hortplätze zu schaffen. DIE LINKE der Ortsteile Eiche und Golm wird sich in diesen Prozess mit Vorschlägen einbringen.

DIE LINKE OV Westl. Ortsteile

Schüler müssen länger warten

Der Bau neuer Schulen ist seit mehr als einem Jahr eines der zentralen Themen in Potsdam. Insbesondere die Schüler im Potsdamer Norden und den ländlichen Ortsteilen sind betroffen: Weite Wege für Grundschüler und immense Schwierigkeiten, einen Platz an der Wunschschule zu ergattern, begleiten ihren Bildungsweg. Im Rahmen eines Planungsworkshops der Stadt im Februar stellte sich nun heraus, dass die dringend nötigen Neubauten wohl erst ein Jahr später fertig gestellt werden können als geplant.

Grund dafür ist vor allem das langwierige Verfahren des Landes, das die für die Neubauten nötigen Kredite genehmigen musste, was beinahe ein halbes Jahr dauerte. Diese Verzögerung ist umso unverständlicher, als dass der neue Bildungsminister Günther Baaske in einem Brief an den Oberbürgermeister erst kürzlich ausdrücklich betont hat, dass Potsdam bei der Schaffung von Schulplätzen auch seine „regionale Verantwortung“ - also über die Stadtgrenzen hinaus - wahrnehmen müsse. Gleichzeitig wird die Landeshauptstadt mit den daraus resultierenden Kosten aber im Regen stehen gelassen.

In der Folge werden die SchülerInnen der neuen Grundschule in Bornim, die in diesem Jahr eröffnet, wohl ein Jahr länger in Containern lernen müssen - der endgültige Schulneubau wird nun erst 2018 zur Verfügung stehen.

Parallel steht auch der Standort einer zweiten neuen Gesamtschule wieder zur Debatte. Im Rahmen eines Gutachtens zur Nachnutzung der Biosphäre ist deren Nutzung für eine Schulintegration eine der beiden favorisierten Varianten. Auf den ersten Blick eine charmante Idee, die allerdings den Pferdefuß hat, dass direkt gegenüber bereits die Arbeiten am Neubau der da-Vinci-Schule begonnen haben. Zwei der dringend benötigten Gesamtschulen an einem Ort anzusiedeln ist insbesondere aus Sicht der Ortsteile sicher keine gute Idee. *-wolle*

Gespräch mit Norbert Müller, MdB

DIE LINKE Potsdam-West lädt am Mittwoch, dem 11. März zur Mitgliederversammlung ein und hat dazu unseren Bundestagsabgeordneten Norbert Müller eingeladen. Er wird dort über seine ersten 100 Tage als Mitglied des Bundestages sprechen.

Die Veranstaltung ist öffentlich und sicherlich für den gesamten Ortsverband und auch darüber hinaus interessant, daher sind ALLE herzlich mit eingeladen.

Wann? Mittwoch, 11.03., 18.00 Uhr. Wo? Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Zeppelinstr. 163 (Eingang auf dem Kiewitt).

Glückwünsche zum Internationaler Frauentag

Der kurz Internationaler Frauentag oder Weltfrauentag genannte Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden wird weltweit von Frauenorganisationen am 8. März begangen. Er entstand in der Zeit um den Ersten Weltkrieg im Kampf um die Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen.

Clara Zetkin schlug auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentages vor, ohne jedoch ein bestimmtes

Datum zu favorisieren. Der Beschluss in Kopenhagen lautete: „Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. [...] Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“

Der erste Frauentag wurde dann am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. Mit der Wahl des Datums sollte der revolutionäre Charakter des Frauentags hervorgehoben werden, denn der Vortag, der



18. März, war der Gedenktag für die Gefallenen während der Märzrevolution 1848. Außerdem hatte auch die Pariser Kommune 1871 im März begonnen.

1975, im internationalen Jahr der Frau, richteten die Vereinten Nationen erstmals am 8. März eine Feier aus. Dieses Datum als Internationalen Frauentag anzuerkennen, beschloss die Generalversammlung der UN im Dezember 1977.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg richtet am 3. März 2015 einen Empfang anlässlich der Brandenburgischen Frauenwoche aus.

Dabei wird die Ausstellung „erlesene Fontane-Frauen“ mit Bildern und Texten von Marianne Kühn-Berger aus Neuruppin eröffnet. Die Laudatio hält Anita Tack, Mitglied im Landtag. Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung von Frank Viehweg.

Alle Jahre wieder gibt's die Himmelfahrtswanderung!

Noch lange ist's hin, aber der Mai mit seinem Wanderausflug per Bus steht auch 2015 im Programm des Kreisverbandes der LINKEN. Und tatsächlich liegen schon einige Teilnahmemeldungen vor - jetzt, da wir gerade die organisatorischen Vorbereitungen abgeschlossen haben!

Am 14. Mai liegt unser Zielbereich im nördlichen Teil des Fläming. Die erste Station ist Reckahn mit seinem Schloss und seinem interessanten Schulmuseum, in dem wir eine Schulstunde des 19. Jahrhunderts erleben werden. Nach einem sicker schmackhaften Spargelessen im Gasthaus „Zum Heidekrug“ in Oberjünne wandern wir nach Golzow.

Weitere organisatorische Einzelheiten teilen wir in der Aprilausgabe der „PaS“ mit. Anmeldungen können aber jetzt schon erfolgen unter Tel. 0331/ 872933 oder direkt beim Kreisverband.

Hella und Rudolf Drohla

SUDOKU

			2	4	6			
3	1		6		8			
		1						
5	4	9						1
6				8	3	2		
				5				
	9		8		1	5		
	6	4	1					

Auflösung Februar

9	5	2	6	4	7	1	3	8
8	1	7	3	9	5	6	2	4
6	3	4	2	1	8	5	9	7
5	4	1	9	3	2	8	7	6
3	2	8	5	7	6	9	4	1
7	6	9	1	8	4	3	5	2
4	9	5	7	6	1	2	8	3
1	8	3	4	2	9	7	6	5
2	7	6	8	5	3	4	1	9

Dokumentation zur Nazizeit in Rathenow

In der Geschäftsstelle der LINKEN in Rathenow wurde am 3. Februar eine internetbasierte Dokumentation „Nazizeit in Rathenow“ vorgestellt. Der Autor Dieter Seeger (FOTO r.) stellt die faschistischen Machtbestrebungen von den Anfängen 1925 bis zum Ende der Hitlerdiktatur in Rathenow und im Westhavelland als Chronik dar. Der Kampf der Nazis „um die Straße, um die Köpfe, um die Parlamente“ fand in

allen Teilen des Deutschen Reiches auf gleiche Weise statt. Mit der Darstellung soll die Aufmerksamkeit der Einwohner der Region geweckt werden, Neonazis in ihrem rechtsextremen Streben und Tun zu erkennen, um sich dem zivilge-

sellschaftlichen Widerstand gegen sie anzuschließen. Interessant ist an dieser Dokumentation nicht nur die einfache Handhabung sondern auch die akribische technische Umsetzung von Jakob Krüger (FOTO l.), der als Webdesigner agiert.

Zu der Seite „Nazizeit in Rathenow“ gelangt man, indem man die Seite der LINKEN im Kreis Havelland (www.dielinke-havelland.de) anklickt und dann unter „Aus den Ortsverbänden“ den Punkt Rathenow auswählt.



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 03.03.2015, 14.00 Uhr: „Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“ mit Anita Gruber. Wiederholung: 10.03.*

Dienstag, 03.03.2015, 18.00 Uhr: Frauentagsempfang mit Anita Tack (MdL). Ausstellung: Marianne Kühn-Berger – „Erlesene Fontane-Frauen“, Musik: Frank Viehweg. Ort: Landtag Brandenburg, Fraktionsflur DIE LINKE.

Sonntag, 08.03.2015, 09.30 Uhr: Infostand OV Potsdam-West in der Nansenstraße - Thema: Frauentag.

Sonntag, 08.03.2015, 10.00 Uhr: Frauentagsfrühstücken mit Anita Tack (MdL). Ort: Filmcafe Konsum, Babelsberg

Montag, 09.03.2015, 14.00 Uhr: „Ein musikalisch-literarischer Nachmittag“ mit dem Pianisten Stefan

Kahlau und der Autorin Gudrun Wisniewski aus Potsdam.*

Dienstag, 10.03.2015, 16.00 und 19.00 Uhr: „Mit Kamera und Kochbuch durch Indien - Delhi, Agra, Varanasi, Kolkata und die Sunderbans“. Ingrid Püschel erzählt in ihren Filmen von ihren abenteuerlichen Reisen durch Indien. Ort: Restaurant Kashmir-Haus, Garnstr. 17. 14482 Potsdam. WIEDERHOLUNG: 11. und 12. März.*

Dienstag, 10.03.2015, 18.00 Uhr: War die DDR ein „Unrechtsstaat“? Zu aktuellen Debatten im politischen und wissenschaftlichen Raum. Mit Prof. Dr. Michael Brie (RLS, Berlin) und Dr. Volkmar Schöneburg (MdL, Potsdam)**

Donnerstag, 12.03.2015, 15.30 Uhr: Frauentagsveranstaltung mit Anita Tack (MdL) in der Heiliggeistkirche.

Donnerstag, 12.03.2015, 19.00 Uhr: „Nie wieder Krieg!“ Der Zweite Weltkrieg im DEFA-Spielfilm. Eröffnung der Foyerausstellung und der Filmreihe mit dem Konrad-Wolf-Film von 1968 „Ich war neunzehn“. Filmmuseum Potsdam.**

Montag, 16.03.2015, 14.30 Uhr: „Naturparadies Schweiz - Vom Engadin zum Matterhorn“. Eine fotografische Reise mit Ingrid Püschel und Gerald Meister.*

Dienstag, 17.03.2015, 14.30 Uhr: Im Gespräch mit unserer Rechtsanwältin: „Zu Rechtsfragen des Alltags“ mit Frau Martina Scholz.*

Dienstag, 17.03.2015, 18.00 Uhr: „Potsdamer Profile“ - als Generaldirektor im EKO Eisenhüttenstadt und später. Anita Tack (MdL) im Gespräch mit Prof. Dr. Karl Döring (ehemaliger Kombinatdirektor EKO, Eisenhüttenstadt)

und Rolf Kutzmutz (DIE LINKE, Potsdam).**

Donnerstag, 19.03.2015, 19.30 Uhr: Sitzung beim OV Babelsberg/Zentrum Ost im Kashmir-Haus in der Garnstraße mit Anita Tack (MdL).

Montag, 23.03.2015, 14.30 Uhr: „Alpenüberquerung auf dem Fernwanderweg E-5“ - von Oberstdorf bis nach Meran mit Walter Mann.*

Dienstag, 24.03.2015, 14.30 Uhr: „Wozu in die Ferne schweifen? In 90 Minuten - an die Ufer der Müritz und des Plauer Sees“ - mit Pete Heuer.*

Dienstag, 24.03.2015, 18.00 Uhr: Keine Figur im Schachspiel - Wie ich die „Wende“ erlebte. Lesung und Diskussion mit Wolfgang Berghofer. Moderation: Heinz Vietze**

Sonabend, 28.03.2015, 14.00 Uhr: Ostermarsch 2015 - Treffpunkt Brandenburger Tor (Potsdam).

Montag, 30.03.2015, 14.30 Uhr: „Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil XIII - ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“*

Dienstag, 31.03.2015, 14.30 Uhr: „Toskana - 3000 Jahre Kunst und Kultur“ Diavortrag mit Walter Heller.*

Mittwoch, 01.04.2015, 16.30 Uhr: Infostand OV Potsdam-West vorm Kaufhaus Zeppelinstraße, Thema: Uferweg

* Seniorentreff Dahlweidstiftung, Edisonallee Zentrum Ost

** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr.54, Atrium